Sonnabend, 14. Januar 1922. **Einzelnummer 15 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 11.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher 4248, 2273, 3110, 3249

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M. Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Die Lostrennung des Saargebiets.

Das Völkerbundssekretariat widmet in der Jahresübersicht für 1921 der Regierungskommission des Saargebiets folgende Worte: Die Regierungskommission gab sich sehr viel Mühe, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ihre Bemühungen trugen ihr die einstimmige Anerkennung des Völkerbundsrates ein. Der Monatsbericht macht außerdem interessante Angaben aus dem kürzlich dem Völkerbundsrat erstatteten Bericht der Regierungskommission über die Wirtschaftslage im Saargebiet. Zu der Zollfrage heißt es: Das Saarbecken befindet sich in einer Periode starker Anpassung. Es nimmt bereits am französischen Wirtschaftssystem teil und noch am deutschen Wirtschaftssystem, es ist daher nicht erstaunlich, wenn daraus Schwierigkeiten erwachsen. Regelmäßige Erzeugnisse und Absatzverhältnisse sind daher nicht vor Ablauf der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Übergangszeit, das heißt vor dem 10. Januar 1925, zu erwarten. Zur Frage der Einführung des Frankens äußert sich der Bericht folgendermaßen: Die Währungsfrage kann nicht von der Zollfrage getrennt werden. Am 10. Januar 1925 wird das Saarbecken vollständig in das französische Zollsystem eingereiht werden. Im Saarbecken werden dann die Preise denen des französischen Nachbargebietes, Elsaß-Lothringen, fühlbar gleichkommen. Da man vernünftigerweise nicht damit rechnen kann, daß die Mark in drei Jahren die Frankenparität erreicht haben wird, muß man zugeben, daß die Bewohner des Gebietes, wenn sie nur über Mark verfügten, 1925 die französischen Preise nicht bezahlen könnten. Die Übergangszeit bezweckt gerade, den Bewohnern die Anpassung an das durch den Vertrag aufgestellte System zu ermöglichen. Die Verallgemeinerung der französischen Währung wird dem Wirtschaftsleben des Saargebietes die Erschütterung ersparen, die es sonst plötzlich erleiden müßte wenn 1925 die französischen Zollgebühren von der Bevölkerug bezahlt werden müßten, die nur Mark besitzt.

Die Saarfrage bildet, wie wir schon meldeten, auch einen der Punkte, der jetzt in Genf eröffneten Tagung des Völkerbundsrates. Herr Rault, der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebiets, hat dem Völkerbundsrat den Rechenschaftsbericht über seine Verwaltung bis 1921 und einen besonderen Bericht über die Wirtschaftslage des Saargebiets vorgelegt. In den Schlußkapiteln dieses Berichtes sucht er seine auf die Verdrängung der Markwährung gerichtete Politik durch die Berufung auf den § 31 des Anhangs zu Art. 50 des Versailler Vertrags zu rechtfertigen, der Frankreich das Recht gibt, nach 5 Jahren, also Anfang 1925, das ganze Saargebiet in das französische Zollgebiet einzubeziehen. Es sei notwendig gewesen, diese Maßregel jetzt schon einzuleiten, weil ihre plötzliche Durchführung im Jahre 1925 zu einer Katastrophe führen müsse. Herr Rault hat damit die französische Regierung vor die Wahl gestellt, ihn selber zu retten, oder auf die Durchführung ihres Rechts im Jahre 1925 zu verzichten. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat das Mandat des Herrn Rault für das nächste Jahr erneuert entsprechend den Vorschlägen der französischen Regierung, die in Wirklichkeit allein für die Ernennung ihres Vertreters in der Regierungskommission des Saargebiets verantwortlich ist. Da der Rat des Völkerbundes keinerlei Machtmittel besitzt, seinen Willen als Schiedsrichter durchzusetzen, wird er sich voraussichtlich auf die Äußerung frommer Wünsche beschränken, um offene Konflikte zu vermeiden.

### Eine Saar-Abordnung in Genf.

**Basel**, 12. Januar. Im Zusammenhang mit der Tagung des Völkerbundsrates, die sich u. a. auch mit der Neuwahl der Regierungskommission für das Saargebiet befassen wird, ist am Montag in Genf eine Abordnung aus dem Saargebiet eingetroffen, die sich aus Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten zusammensetzt. Außerdem gehören dieser Abordnung als wirtschaftliche Berater an die Kommerzienräte Röchling und Dr. v. Vopelis.

---

# Die Beschlüsse von Cannes.

**Rom** 13. Januar. „Popolo Romano" erklärt das der bisherige Verlauf der Konferenz in Cannes noch unklar sei. Nach Ansicht der Zeitung wurde nur eine Entschließung von hervorragender Bedeutung gefaßt: die Entschließung Sowjetrußland zur Teilnahme an der Konferenz in Genua einzuladen. Die Rückkehr Rußlands auf die wirtschaftliche Arena Europas bildet einen wichtigen Schritt in der Richtung der Revision der geschlossenen Verträge. Es ist zum mindesten merkwürdig, schreibt die Zeitung weiter, daß man in Cannes gegenwärtig das Thema von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands bezüglich der Bezahlung von 500 oder auch 700 Millionen Mark erörtert, wo dieselben in London versammelten Sachverständigen im Mai Deutschland für fähig erachteten [illegible] Milliarden zu zahlen.

### Die öffentliche Meinung in Frankreich.

**Paris**, 12. Januar. Die Blätter betonen das Interesse, welches in parlamentarischen Kreisen den Beratungen in Cannes entgegengebracht wird. Dieses Interesse zeugt nach Ansicht der Blätter von dem festen Entschluß des Volkes, keine Verstöße gegen die Rechte Frankreichs zu billigen. Die Presse unterstreicht auch besonders den beruhigenden Charakter aller Erklärungen Briands, fügt jedoch hinzu, daß ein endgültiges Urteil erst dann gefällt werden könne, wenn der amtliche Bericht über die Ergebnisse der Konferenz veröffentlicht wird. Die Korrespondenten des „Petit Parisien" und des „Matin" in Cannes erklären, daß der Entwurf des englisch-französischen Vertrages die gemeinsamen Verpflichtungen beider Länder darstelle. Nach diesem Vertrage würde Frankreich nicht der Trabant Englands, sondern dessen Verbündeter bei der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sein. Gegenwärtig dürfte nach Ansicht der Blätter keine Rede davon sein, den Abschluß des Garantievertrages davon abhängig zu machen, daß vorher alle Streitfragen zwischen den beiden Ländern geregelt sein müßten. „Matin" erklärt, daß in der Tanger-Frage sich die Engländer bemühen, den Zustand aufrechtzuerhalten, der mit den Bestimmungen des Vertrages, welcher den internationalen Charakter dieser Stadt gewährleistet, im Einklang steht. Schließlich legen die Blätter großes Gewicht darauf, daß der englisch-französische Vertrag analog dem italienisch-französischen Vertrage, dem eine große Bedeutung zusteht, falls Deutschland sich mit Österreich verbindet, abgeschlossen werden müsse.

### Italien ist unzufrieden.

**Rom**, 12. Januar. Bei der Besprechung des in Cannes bearbeiteten Entwurfes der Zahlung der deutschen Entschädigungen schreibt „Tribuna": „Wie es scheint, soll Italien Entschädigungen in der Gestalt von Rohprodukten und Waren erhalten. Aber Italien ist doch nicht England, das auf die Zahlung von Entschädigungen in bar verzichten kann. Wir haben doch als Erbnachlaß weder deutsche Kolonien, noch die deutsche Handelsflotte erhalten. Wir zogen auch keinen Nutzen aus den Bergbauprodukten des Rheingebietes. Die Vernichtung in unserer venetianischen Provinz ist durchaus nicht geringer, als die Vernichtung in verschiedenen Kreisen Belgiens. Wir können es nicht glauben, daß unsere Delegierten, die bisher mit solcher Standhaftigkeit unsere Rechte bezüglich der uns zustehenden 200 Millionen in Gold verteidigten, jetzt Zugeständnisse machen werden."

### Die deutsche Abordnung in Cannes.

**Cannes**, 13. Januar. Am Mittwoch vormittag traf die deutsche Delegation mit dem Minister Rathenau an der Spitze hier ein. Die Delegation wurde vom Ministerpräsidenten Briand und dem Minister Loucheur empfangen.

### Rathenaus Bericht.

**Cannes**, 13. Januar. Am Donnerstag nahm der Entschädigungsausschuß den Bericht Rathenaus entgegen. Rathenau stellte den guten Willen Deutschlands fest, bemerkte jedoch, daß er nicht in der Lage sei, die Antwort auf irgendwelche Fragen über Einzelheiten zu geben. Rathenau machte darauf Bemerkungen allgemeinen Charakters und legte besonderes Gewicht auf den schlechten Stand der Reichsfinanzen; das Reich beabsichtigt die Steuern um das Zweifache zu erhöhen, ist jedoch nicht in der Lage, mit der Inflation aufzuhören.

### Die Verteilung der Entschädigungen.

**Paris**, 13. Januar. Der Sonderberichterstatter des „Journal" teilt mit, daß für die Verteilung der von Deutschland kraft des Entschädigungstitels zu zahlenden Summen ein neuer Vorschlag gemacht wurde. Von der ersten Milliarde in Gold, die Deutschland im Jahre 1921 bezahlte, soll England 456 Millionen, Belgien 519 Millionen, Italien 31 Millionen erhalten. Von der Summe, der 720 Millionen Mark in Gold, die Deutschland im Jahre 1922 bezahlen soll, erhält England 199 Millionen. Hiervon bekommt Frankreich eine unverzinsliche Anleihe von 139 Millionen, der Rest soll Belgien zufallen. Die von Deutschland zustehenden Sachleistungen in Natura werden vermehrt, und zwar bekommt Frankreich Sachleistungen im Werte von 1250 Millionen in Gold, England 480 Millionen, Italien 240 Millionen, Belgien 425 Millionen, Japan 7 Millionen, für die anderen Verbandsmächte Sachleistungen im Werte von 28 Millionen Goldmark.

### Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland.

**Wien**, 13. Januar. In offiziellen Kreisen wird die Nachricht wiederholt daß in der Konferenz in Cannes über den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhandelt wurde.

### Um das Weiterbestehen des Völkerbundes.

**Warschau**, 12. Januar. Auf der letzten Sitzung des Obersten Rates wurde auch die Frage des Weiterbestehens des Völkerbundes erörtert, dessen Autorität angesichts des Austritts Amerikas gering ist. — Die Gerüchte über die Absicht, den Völkerbund aufzulösen, entbehren jeder Grundlage. Verfrüht sind auch die Nachrichten von der Bildung eines neuen Verbandes unter dem Namen Vereinigte Staaten Europas.

---

# Verträge und Abkommen.

### Das englisch-französische Bündnis.

**Paris**, 13. Januar. In seinem Entwurf eines Bündnisvertrages erkannte Lloyd George an, daß Frankreich ein Anrecht auf Entschädigungen seitens Deutschlands habe, weist jedoch zugleich darauf hin, daß auch England unter den Nachwirkungen des Krieges leide. England hat Millionen von Arbeitslosen, und seine Speicher sind leer. Die erste zu lösende Frage bei der Arbeit an der Besserung der Lage ist für Lloyd George die Frage der Sicherung der Unverletzlichkeit Frankreichs. Ein offenes Bündnis, sagt Lloyd George, widerspricht der englischen Tradition und würde von dem englischen Volke nicht gebilligt werden. England kann künftig keine Verpflichtungen außerhalb der Grenzen Frankreichs auf sich nehmen. Außerdem muß vor dem Inkrafttreten des Abkommens eine Verständigung zwischen England und Frankreich über die Unterseebootfrage eintreten. England hat sich während des Krieges überzeugt, daß die Unterseeboote eine große Gefahr darstellen für seine Handelsschiffe, und es müßte die Zahl seiner Kriegsschiffe vermehren, wenn Frankreich den Bau der Unterseeboote fortsetzte. Denn für England sind die Sicherungen zur See ebenso wichtig wie für Frankreich die Sicherung seiner Ostgrenze. Eine zweite Bedingung, die England stellen muß, ist Frankreichs Beteiligung am Wiederaufbau und sein Einverständnis mit der Beteiligung Rußlands an der Konferenz in Genua.

### Ein Abkommen zwischen England und Belgien?

**Cannes** 13 Januar. Lloyd George konferierte mit den Vertretern Belgiens und sprach mit ihnen über den Abschluß eines besonderen englisch-belgischen Abkommens nach Zustandekommen des Bündnisses zwischen England und Frankreich.

### Ein französisch-belgisches Abkommen.

**Cannes**, 13. Januar. Der Havas-Berichterstatter will wissen daß demnächst ein französisch-belgisches Abkommen über die Entschädigungen geschlossen werden wird.

### England, Frankreich, Belgien, Italien.

**Cannes** 13. Januar. Havas meldet aus sicherer Quelle, daß die Frage der Beteiligung Belgiens an dem englisch-französischen Abkommen auf gutem Wege sei. Das Abkommen zwischen England und Frankreich würde die Grundlage bilden, auf der analoge Abkommen mit **Belgien** und **Italien** geschlossen werden würden.

---

# Das irisch-englische Abkommen.

Der Dail Eiran, das Parlament der Sinnfeier, hat, wie wir bereits meldeten, das englisch-irische Abkommen mit 64 gegen 57 Stimmen, d. h. also mit einer ziemlich schwachen Mehrheit angenommen. Die Abstimmung beweist, daß de Valera mit seiner unnachgiebigen Haltung unter den Sinnfeinern doch einen außerordentlich starken Anhang besitzt. De Valera bestand bekanntlich auf der Aufrechterhaltung der Forderung, daß Irland einen unabhängigen republikanischen Staat bilden sollte, der in keiner Weise dem englischen König unterstand und aus dem englischen Imperium vollständig ausschied. Sein größter Trumpf gegen das Abkommen war die Behauptung daß der König von England nach Annahme des Abkommens jederzeit als der eigentliche Herrscher Irlands nach Dublin kommen könne. Daß diese Propaganda nicht ohne Eindruck geblieben ist, beweist die schwache Mehrheit, die Griffith, der andere dem Abkommen geneigte Führer der Sinnfeiner, bei der Abstimmung erzielt hat. Die Nachgiebigkeit des irischen Parlamentes beruht letzten Endes auf der Festigkeit der englischen Regierung. Lloyd George hat es unter allen Umständen abgelehnt, die Diskussion über das zwischen den Unterhändlern abgeschlossene Uebereinkommen noch einmal zu eröffnen. Sicher wäre auch im irischen Volke für einen Bruch und die Heraufbeschwörung eines neuen englisch-irischen Kriegszustandes im irischen Volke selbst kein Rückhalt zu finden gewesen. So ist das Abkommen denn auch von irischer Seite aus ratifiziert worden. Immerhin beweist das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit ebenso wie die letzten blutigen Vorgänge in Belfast, daß alle Schwierigkeiten noch nicht überwunden sind, wenn auch in der Hauptsache der englisch-irische Friede jetzt geschlossen ist.

### Nach der Annahme des Abkommens.

**London**, 13. Januar. Die Ratifikation des englisch-irischen Friedensvertrages im irischen Parlament wird mit großer Erleichterung aufgenommen, aber durch die Befürchtung kommender schwerer innerer Konflikte Südirlands beeinträchtigt. Jedoch herrscht die Ansicht vor, daß die überwältigende Mehrheit des irischen Volkes die Ratifikation gutheißt und der extremistischen Führerschaft nicht folgt.

### Die Stimmung in Irland.

**Haag**, 13. Januar. Aus ganz Irland treffen Nachrichten über die Begeisterung ein, mit der die Bevölkerung den Friedensbeschluß des Dail Eirean aufgenommen hat. In Dublin und in einigen anderen Städten zog eine aufgeregte, singende und jauchzende Menge durch die Straßen. Die Menge schrie: „Gott segne Griffith und Collins!" Dies läßt darauf schließen, wie wenig Unterstützung der Widerstand gegen den Vertrag im Volke gefunden hat. Die Gegner der Ratifikation enthalten sich vorläufig der Gegendemonstrationen. Am Sonntag morgen hat de Valera eine geheime Zusammenkunft mit seinen Anhängern gehabt. Über den Verlauf dieser Sitzung ist noch nichts bekannt geworden. Gestern wurde vom Dail Eirean der Rücktritt de Valeras und seines Kabinetts in aller Form bestätigt. Ein Antrag auf Widerwahl de Valeras wurde abgelehnt. Als Führer der neuen Regierung kommen in erster Linie der bisherige Vizepräsident Arthur Griffith und Michael Collins, die die Hauptunterhändler in London gewesen sind, in Betracht. Da der Dail Eirean de Valera als Präsidenten nicht wiedergewählt hat, ist auch der Versuch de Valeras und seiner Anhänger, den am Sonnabend gefaßten Beschluß zur Ratifizierung der Londoner Übereinkunft ungültig zu machen, gescheitert. Bei den weiteren Debatten trat Collins der Auffassung de Valeras bei, daß nur das Volk den Dail auflösen könne. Er schlug darum vor, allgemeine Neuwahlen auszuschreiben, nachdem eine vorläufige Regierung gebildet sein werde. Heute wird ein Antrag behandelt werden, der Griffith beauftragt, eine neue Regierung zu bilden.

---

# Vor der Wirtschaftskonferenz.

**Rom** 13. Januar. Die italienische Presse beschäftigt sich lebhaft mit der bevorstehenden Konferenz in Genua und sucht die Frage zu beantworten, ob der Beschluß der Veranstaltung dieser Konferenz als ein Fortschritt zu begrüßen sei. Der „Corriere della Sera" meint, die Konferenz werde Fortschritte machen; denn mit ihr kehre man zu dem einst so skeptisch begrabenen „Europakonzert" zurück. Ja, sie sei ein Beweis dafür, daß die Welt nicht von der Reparationskommission regiert werden könne. Es werde also ein großer Schritt zur Rehabilitierung Europas getan. Was Frankreich betreffe, so bliebe ihm angesichts der Einmütigkeit Englands und Amerikas nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Sollte aber nicht einmal in Genua etwas zustande kommen, so müßte Europa unter die Kontrolle Amerikas fallen, das die materielle und moralische Macht habe, Europa zu kommandieren. Prag zum Konferenzsitze zu machen, was die Franzosen wollten war unmöglich weil Prag wegen seiner antideutschen und antirussischen Politik sowohl bei Deutschland als Rußland Anstoß errege. Ueber die Konferenz von Genua werde der Geist Mazzinis schweben. Der „Tempo" wiederholt die Mahnung, durch kluges politisches Verhalten bei den Alliierten dahin zu wirken, daß die Konferenz von Genua nicht den wirtschaftlichen Ruin Italiens bedeute. Die „Stampa" erkennt die mannhafte Haltung Bonomis an, der der in Schweigen gehüllten italienischen Politik wieder Geltung verschafft habe.

### Das Programm der Konferenz in Genua.

**Cannes**, 13. Januar. Der Oberste Rat prüfte am Dienstag das Programm der Konferenz in Genua und ging dabei von den Verhältnissen aus welche die Notwendigkeit dieser Konferenz begründen. Der Rat bestätigt die Notwendigkeit, die Schulden der einzelnen Staaten und die Handelsverträge anzuerkennen und erkennt jedem Staat das Recht zu, seine Finanz- und Valutaangelegenheiten so zu regeln daß sie den Kaufleuten entsprechende Garantien bieten können. Die wichtigste Bedingung für den Wiederaufbau Europas ist die Sicherung eines festen, dauerhaften Friedens. Der Konferenz wird die Prüfung der Privat- und Staatskredite obliegen, die als Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Betracht kämen. Der Rat wird die Schwierigkeiten bei dem freien Warenaustausch zwischen den einzelnen Staaten in Betracht

## Die Steuern in Deutschland.

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Steuerausschüsse des Reichstags am Mittwoch dieser Woche nahm der Reichsfinanzminister Dr. **Hermes** das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Die Reichsregierung muß mit Rücksicht auf die Ihnen bekannten Verhältnisse den größten Wert darauf legen daß die bereits betonte Notwendigkeit der Ausschöpfung aller Steuerquellen bis aufs äußerste tatsächlich erfüllt wird, und ich darf mir deshalb die dringende Bitte gestatten, die Beschlüsse der ersten Lesung in dieser Richtung einer Nachprüfung unterziehen zu wollen. Die Wünsche der Reichsregierung in dieser Hinsicht kann ich kurz wie folgt, zusammenfassen: Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao, deren Erhöhung in erster Lesung abgelehnt worden ist, müssen mindestens auf die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe gebracht werden. Bei der Tabaksteuer wird die Herabsetzung der Ermäßigung der Steuersätze für Zigaretten und für Feinschnitt von zwanzig auf höchstens zehn Prozent notwendig sein. Bei der Biersteuer wird die Steuerbegünstigung für Bier mit einem Stammwürzegehalt bis zu neun Prozent beseitigt werden und im übrigen der gesamte Ertrag aus der vorgeschlagenen Biersteuer voll dem Reiche zufließen müssen. Den Gemeinden wird daneben die Befugnis zur selbständigen Erhebung eines bestimmten Zuschlages einzuräumen sein. Die Zuckersteuer, die in erster Lesung auf den Satz von nur 50 Mark für den Doppelzentner erhöht worden ist muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von 100 Mark auf einen Doppelzentner gebracht werden.

Bei der Kohlensteuer muß der größte Wert darauf gelegt werden, daß die vorgeschlagene Erhöhung auf 40 Prozent bewilligt wird mit der Maßgabe, daß je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Ermäßigung oder Erhöhung dieses Satzes eintreten kann. Gegen eine im Gesetz festgelegte Mitwirkung des Reichskohlenrates neben dem Reichsrat bei einer solchen Maßnahme würden keine Bedenken bestehen, wenn im Gesetz der besonderen verfassungsrechtlichen Stellung des Reichsrates entsprechend Rechnung getragen wird. Die Umsatzsteuer soll nach den Beschlüssen in erster Lesung nur auf 2 Proz. erhöht worden. Diese Steuer bildet wegen ihres Ertrages das Rückgrat der vorgeschlagenen Finanzreform und es muß deshalb aus finanziellen und auch aus sonstigen Gründen, die bereits in der ersten Lesung eingehend dargelegt worden sind, der größte Wert darauf gelegt werden, daß der im Entwurf vorgeschlagene Satz von 2½ v. H. auch tatsächlich Gesetzeskraft erlangt. Die Reichsregierung glaubt sich zu dieser Bitte um so mehr berechtigt, als sie der Überzeugung ist, daß auch dieser Satz wirtschaftlich tragbar ist. Auch sonst erscheint die Nachprüfung einzelner Abänderungen, auf die ich hier nicht näher eingehen will, dringend geboten.

Bezüglich der Luxusgaststättensteuer, die in erster Lesung gestrichen worden ist, wird zu erwägen sein, ob nicht doch der diesem Vorschlag zugrunde liegende berechtigte Gedanke vielleicht in der Weise durchgeführt werden kann, daß unter Berücksichtigung des Vorschlages des deutschen Städtetages ein Rahmengesetz im Sinne des Entwurfes geschaffen wird, innerhalb dessen die Gemeinden für selbständige Regelung befugt erklärt werden.

Bei den Vermögenssteuergesetzen, die in verschiedener Hinsicht den Kernpunkt der Vorlagen bilden, sind ebenfalls wesentliche Änderungen erfolgt. Ich möchte hierbei die Änderungen der Bewertungsvorschriften der §§ 16 und 17 des Vermögenssteuergesetzentwurfes besonders hervorheben. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß es in der zweiten Lesung gelingen möge, eine Lösung dieser Frage zu finden, auf deren Boden eine breite Mehrheit dieses Hohen Hauses treten kann. Der Tarif des Vermögenssteuergesetzes ist mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Geldentwertung durch Auseinanderziehung der Steuerstufen abgeschwächt worden. Ich möchte anerkennen, daß eine Abänderung des Tarifs aus den angegebenen Gründen notwendig ist, es wird aber zu prüfen sein, ob diese Abänderung in dem Umfange, wie sie in erster Lesung beschlossen ist, bestehen bleiben kann.

Auch bei der Vermögenszuwachssteuer halte ich die weitgehende Ermäßigung des Tarifs nicht für tragbar. Will man die eingetretene Geldentwertung berücksichtigen, so würde es nach meiner Auffassung genügen, wenn für die erste Steuerstufe dieses Tarifs an Stelle von 100 000 M. 200 000 M. gesetzt werden. Ferner möchte ich mich dagegen aussprechen, daß für jeden Veranlagungszeitraum 100 000 M. Vermögenszuwachssteuer freibleiben, und daß bei dieser Steuer das in erster Lesung beschlossene Kinderprivileg aufrechterhalten bleibt.

Bezüglich der Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit möchte ich bitten, bei den Bewertungsvorschriften (§§ 18 und 19) die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die hernach von mir erbetene Abänderung der Beschlüsse in erster Lesung ist in ihrer finanziellen Wirkung sehr erheblich. Durch die Abstriche und Abschwächungen, die in erster Lesung an den Regierungsvorlagen gemacht worden sind, entstehen Ausfälle, die in folgender Weise zu schätzen sind: bei der Kohlensteuer auf 4 bis 5 Milliarden, bei der Zuckersteuer auf 0,5 Milliarden, bei der Biersteuer auf 0,2 Milliarden, bei der Tabaksteuer auf 0,4 Milliarden, bei den Zöllen auf 1,5 Milliarden und bei der Umsatzsteuer auf 5 Milliarden, mithin bei den Verbrauchssteuern auf rund 12 Milliarden.

Bei den drei Vermögenssteuern ist eine Schätzung des Ausfalles nicht möglich, weil eine sichere Ertragschätzung fehlt und Unterlagen für Einreihung des Vermögens bzw. des Vermögenszuwachses auf die einzelnen Stufen der Tarife fehlen.

Die Ausfälle dürften jedoch auch hier erheblich sein. Schon mit Rücksicht auf die finanzielle Wirkung darf ich wiederholt die dringende Bitte an Sie richten, meinen Anregungen eine Folge geben zu wollen. Gestatten Sie, meine Herren, daß ich bei dieser Gelegenheit ein kurzes Wort anfüge über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes, da dieselbe im Auslande zum Teil einer abfälligen Kritik unterzogen worden ist. Diese Kritik ist vollständig unberechtigt. Sie trägt nicht dem Umstande Rechnung, daß die von diesem Hohen Hause einstimmig beschlossene Änderung des Einkommensteuergesetzes dadurch ein Gebot der Notwendigkeit geworden war, daß die Kaufkraft der Mark seit dem Zeitpunkt, in dem der ursprüngliche Tarif der Einkommensteuer aufgestellt worden ist, eine wesentliche Senkung erfahren hat. Der ursprüngliche Tarif der Einkommensteuer stammt aus dem Jahre 1919 bis 1920. Bei dieser Aufstellung war auf die Geldentwertung fast gar keine Rücksicht genommen worden. Seitdem ist die Entwertung der Mark nicht nur nach ihrer ausländischen, sondern ganz besonders nach ihrer inländischen Kaufkraft infolge der immer stärker werdenden Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise außerordentlich groß geworden. Heute ist der internationale Wert der Mark etwa 2 bis 3 Pfennig; die inländische Kaufkraft wird in Berücksichtigung der Umstände, daß die inländischen Preise jetzt durchschnittlich zwanzigmal so hoch sind als im Frieden, mit nur noch 5 Friedenspfennigen angenommen werden können. Demgemäß besitzen die Markeinkommen nur noch den zwanzigsten Teil ihrer Friedenskaufkraft, so daß also jetzt ein Einkommen von 50 000 M. nach seiner Kaufkraft einem Friedenseinkommen von 2500 M. entspricht. Unter diesen Umständen mußte das im wesentlichen auf die Friedenskaufkraft der Mark abgestimmte Gesetz der Kaufkraft der Mark jetzt angepaßt werden. Bereits im März 1921 ist eine Ermäßigung der Einkommensteuer für Einkommen bis zu 100 000 M. gewährt, und im Dezember vorigen Jahres mußte wegen der weiter vorgeschrittenen Geldentwertung die Ermäßigung auf sämtliche Einkommensklassen ausgedehnt werden, wenn hierbei auch insbesondere bei den höheren Einkommen der minderen Kaufkraft nicht in vollem Umfange Rechnung getragen werden konnte. Wählt man das von mir erwähnte Beispiel, so hatte ein Einkommen von 2500 M. nach dem ursprünglichen Einkommensteuertarif 270 M. oder 10,8 Prozent an Einkommensteuer zu zahlen. Das infolge der Geldentwertung diesem Einkommen jetzt entsprechende Einkommen von 50 000 M. hat jetzt ebenfalls nur 10 v. H. zu entrichten. Die Einkommensteuer ist also hier der verminderten Kaufkraft der Mark voll angepaßt. Ein Einkommen von 10 000 M. hätte nach dem ursprünglichen Tarife 14,5 Prozent zu entrichten gehabt; das entsprechende Papiermarkeinkommen im Betrage von 200 000 M. hat jetzt 22,75 Prozent Einkommensteuer zu entrichten. Hier ist die Ermäßigung der Einkommensteuer also nicht voll dem Rückgang der Kaufkraft gefolgt. Ein Einkommen von 50 000 M. hätte nach dem ursprünglichen Tarife 27,2 Prozent zu entrichten, das entsprechende Papiermarkeinkommen von 1 Million hat jetzt 38,5 Prozent zu entrichten. Auch hier ergibt sich, daß die Geldentwertung nicht in vollem Umfange berücksichtigt ist.

Die Ermäßigung der Einkommensteuer auf eine den Wertverhältnissen der Mark entsprechende Höhe wird nach Auffassung der Reichsfinanzverwaltung die günstige Wirkung haben, das bei der bisherigen außerordentlich hohen Belastung überall zutage getretene Bestreben der Steuerpflichtigen, das Einkommen auf legalem oder illegalem Wege der Besteuerung zu entziehen, einzudämmen. Trotz der durch die Geldentwertung gebotenen Senkung des Einkommensteuertarifes ist zu erwarten, daß das im Etat für 1922 vorgesehene Aufkommen an Einkommensteuer im Betrage von 23 Milliarden Mark mindestens erreicht wird, da mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung auch durchweg die nominelle Höhe der Einkommen in Mark außerordentlich gestiegen ist und durch diese Steigerung der Markeinkommen die Ermäßigung der Steuersätze zweifellos ausgeglichen wird. Im übrigen möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Stellungnahme eines Teils der ausländischen Presse gegenüber der im Dezember beschlossenen Maßnahme nicht der Auffassung entspricht, die bei anderen Gelegenheiten von ausländischen Sachverständigen über die deutsche Steuerbelastung ausgesprochen worden ist. Bereits auf der Brüsseler Finanzkonferenz ist auf die starke Anspannung der direkten Steuern in Deutschland hingewiesen worden und vor einiger Zeit hat ein bekannter französischer Sachverständiger sich in dem Sinne ausgesprochen, daß die direkten Steuern in Deutschland zu hoch seien und daher nicht voll eingingen."

## Politische Tagesneuigkeiten.

**Die Neutralisierung der Aalandsinseln.** Das Völkerbundssekretariat teilt mit, daß Dänemark das Abkommen über die Neutralisierung der Aalandsinseln unterzeichnet hat.

**Frankreichs Pläne im Orient.** General Pellet, Oberkommissar Frankreichs in Konstantinopel, ist von Briand nach Paris berufen worden, wo er in der Konferenz der Ministerpräsidenten über die Orientfrage seine Meinung abgeben soll.

**Die russischen Monarchisten** hielten in Belgrad eine Versammlung unter Vorsitz des Großfürsten Cyrill ab. In der Versammlung wurde eine große Aktion in Serbien zur Verbreitung der demokratischen Grundsätze in Rußland beschlossen. Großfürst Cyrill wurde als russischer Thronprätendent anerkannt.

**Finnland und Rußland.** Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der finnische Gesandte in Moskau der finnischen Regierung den Rat gab, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen. Er ist der Ansicht, daß es unmöglich ist, daß diese Beziehungen zu positiven Ergebnissen auf dem Gebiet des Handels und auf anderen Gebieten führen.

**Das spanische Kabinett** hat seine Demission eingereicht.

## Republik Polen.

† **Der Ministerrat** beriet am Donnerstag über den Handelsvertrag mit Sowjetrußland.

## Deutsches Reich.

** **Die gefährdete Lehrfreiheit im besetzten Gebiet.** Die Rheinlandkommission hat den Reichskommissar für das besetzte Gebiet wissen lassen, daß nach ihrer Beobachtung der Schulunterricht im besetzten Gebiet nicht von dem Geist der Völkerversöhnung getragen sei, sondern entgegengesetzte Ziel verfolge. Hierdurch werde sowohl die Weimarer Verfassung als auch der Friede im besetzten Gebiet bedroht. Deshalb habe die Rheinlandkommission beschlossen, im Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Unterrichtserteilung im besetzten Gebiet nachprüfen soll. Ferner will die Rheinlandkommission die Beobachtung gemacht haben, daß in der letzten Zeit auffallend viele Lehrer aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet versetzt würden. Auch hier will die Rheinlandkommission eingreifen, um bezüglich des Zuzugs von Beamten aus dem unbesetzten Gebiete ernste Maßregeln zu ergreifen.

** **Das Notgeld in Deutschland.** Die Schaffung von Notgeld im Deutschen Reiche betrug nach den Schätzungen der Reichsbank von Oktober 1918 bis Ende Mai 1919 insgesamt über 2 Milliarden Mark. Davon waren 347 Stücke unter 50 Pfg., 11,6 Millionen Stücke zu 50 Pfennig Geldwertzeichen; bis zu 100 M. liefen insgesamt im Mai 1919 etwa 1,5 Milliarden Mark um. Ein großer Teil der Notgeldstücke brauchte nicht in Umlauf gesetzt zu werden, weil die Münzstätten neues Kleingeld schufen. Man bezifferte am 31. Mai 1919 den Umlauf der kleinen und kleinsten Notgeldwerte auf 190 Millionen. Augenblicklich wird darüber beraten, wie das Notgeld abgeschafft werden kann.

** **Neue Forderungen der Eisenbahner-Verbändler.** Die Ortsverwaltungen Frankfurt und Darmstadt des Deutschen Eisenbahner-Verbandes haben telegraphisch in Berlin die Forderung erhoben, daß die Überteuerungsvorschüsse, wie sie im besetzten Gebiet gezahlt werden, auch für Frankfurt, Darmstadt und die zugehörigen Grenzgebiete bewilligt werden.

## Freistaat Danzig.

*† **Die Optierungen in Danzig.** Der Termin für Staatsangehörigkeitserklärungen wurde an fünf Stellen im Freistadtgebiet entgegengenommen. Der Andrang war besonders gegen Ende des Termins groß, doch hatten die Dienststellen dort, wo es nötig war, eine Anzahl von Hilfsbeamten eingestellt, so daß das Geschäft ohne Verzögerung vor sich ging. Die Gesamtzahl der Erklärungen für Deutschland im gesamten Freistaat beläuft sich auf etwa 4358, wobei zu bemerken ist, daß diese nicht zusammenfällt mit der Zahl der Personen, die sich für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche ausgesprochen haben. Denn die Erklärungen wurden in einer Reihe von Fällen für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder mit abgegeben. Es ist aber anzunehmen, daß die Ziffer 6000 nicht übersteigt. Die deutschen Eisenbahnverkehrsämter hatten ihren Beamten, die aus Danzig stammten, die Anweisung gegeben, ihre Erklärungen für Deutschland in Danzig abzugeben und ihnen zu diesem Zwecke freie Eisenbahnfahrt gewährt. Es befanden sich von Beamten deshalb unter den Optanten auch hauptsächlich Eisenbahnbeamte.

*† **Ein neuer Völkerbundskommissar für Danzig?** Der Sonderberichterstatter der „Danziger Zeitung" meldet aus Genf, daß nach Informationen, die aus Kreisen des Völkerbundes eingeholt worden sind, der General Haking nicht weiter auf seinem Posten verbleibt, und daß sein Nachfolger schon in Aussicht genommen ist. Es soll das ein Mitglied des Generalkommissariats des Völkerbundes sein, welches mit den Danziger Verhältnissen gut vertraut ist. Die „Danziger Zeitung" teilt mit, daß es sich wahrscheinlich um den Professor Attolico handelt. Auch der Norweger Calban soll in Betracht kommen.

*† **Neue Lohnforderungen der Danziger Hafenarbeiter.** Die Danziger Hafenarbeiter beschlossen, den Lohntarif zum 1. Februar zu kündigen und eine 50prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Der bisherige Tageslohn für einen Hafenarbeiter beträgt 109 M.

## Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von **Erich Ebenstein.**

(Urheberschutz 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(33. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

„Aber wo? Wie? Tausendmal in den letzten Nächten habe ich mir selbst ähnliches gesagt und das Hirn zergrübelt! Aber ich bin fremd hier. Außer bei Justinas Hochzeit bin ich nie in diese Gegend gekommen. Mein Anwesen liegt tief unten im Steierischen ...."

„Ah, man ist auch Wirtschaftsbesitzer? Verheiratet?"

„Nein."

„Hat man denn dann nur so mir nichts dir nichts fort können von daheim?"

„Eine alte Base sieht zum Rechten. Außerdem habe ich lauter erprobte Dienstboten, die schon jahrelang bei uns dienen und auf deren Treue ich mich verlassen kann."

„Brav, brav! Wie der Herre, so's Gescherre! Man sieht übrigens so aus, als hätte man Kopf und Herz auf dem rechten Fleck. Ich habe den Blick dafür! Darum ... und die kleine Marei ist schon lange mein besonderer Liebling. Also ..."

Abermals ein Seitenblick nach der stattlichen Erscheinung Bastls, der Mareis blaue Augen und ihr goldig schimmerndes Kraushaar hatte. Dann beugte sich der alte Doktor plötzlich an ihn heran und sagte: „Man hat vielleicht zwei Punkte, die man beachten sollte. Erstens die Erforschung aller Beziehungen des alten Brintner aus den letzten Lebensjahren seine Pläne, Absichten und Bekanntschaften, um festzustellen, ob sich da nicht doch ein Mensch findet, dessen Feindschaft er herausgefordert hat. Zweitens gibt es einen Knecht beim Bürgermeister Greinbach namens Egid Lufner, der in der Mordnacht eine verdächtige Begegnung in der Nähe des Brintnerhofes gehabt haben will."

Bastl fuhr überrascht empor.

„Davon habe ich ja noch kein Wort gehört! Freilich — ich hab's auch vermieden mit den Leuten über die ganze Sache zu reden ...."

„Begreiflich! Aber mit dem Lufner würde ich eine Ausnahme machen. Man kann nicht wissen. Man wird ja sehen. Die hohe Obrigkeit legt allerdings kein Gewicht darauf."

### XIII.

Marei schlug die Augen auf in dem Augenblick, als Doktor Heimbacher, von Bastl gefolgt, ihre Stube betrat.

Fremde Augen, die angstvoll um sich starrten, ohne jemand zu erkennen und sich gleich wieder schlossen. Die eben noch bleichen Wangen überzogen sich fliegender Röte, und über die Lippen strömte unverständliches Gemurmel.

Der alte Arzt machte ein bedenkliches Gesicht, als er, in einer Hand die Uhr, in der anderen Mareis Handgelenk, den Puls zählte.

Draußen sagte er dann zu Bastl: „Schlimme Geschichte, fürchte ich! Man wird sich auf längeres Kranksein der Kleinen einrichten müssen."

„Jesus — es wird doch nicht gefährlich sein, Herr Doktor?"

„Abwarten!"

Und ich bin schuld daran!"

„Sie hätte es auf jeden Fall erfahren müssen. Uebrigens nützen solche Erwägungen nichts mehr. Ist eben ein zartes Dingelchen, die Kleine ..."

Er starrte eine Weile in die Luft und fuhr dann fort: „Ja, so muß es sein. Ich habe da ein altes Weib im Markt, das ich mir zur Krankenpflege abgerichtet habe. Hiefinger heißt sie. Die schicke ich Ihnen. Dazu Eis und was sonst fürs erste notwendig ist. Im Haus sieht Stina zum Rechten. In der Wirtschaft Sie. Bleiben noch die Kinder ... für die muß jemand her — aber halt — hm, ist denn nicht die Toni Maibach wieder da? Ich meine, ich hätte sie vorhin am Fenster unten gesehen."

„Ja. Aber sie kam nur, um ihre Sachen zu packen. Sie übersiedelt ganz nach Oberndorf und will heute fort."

„Gibt's nicht. Soll wieder auspacken. Hat zwar keinen rechten Schick zu Kindern, aber ist immer noch besser als eine Fremde."

„Ich fürchte, Toni wird nicht bleiben wollen."

„Unsinn! Muß eben. Man wird ihr das begreiflich machen, verstanden? Wie man für die Schwester, hat sie für den Bruder einzutreten jetzt. Ist übrigens ein gutes Frauenzimmer — die ... kenne sie von klein auf. Nur immer so ein einsamer Spatz gewesen und dadurch ein wenig wunderlich."

Er klopfte Bastl auf die Schulter.

„Na also. Man weiß jetzt Bescheid und wird's schon zwingen! Gott befohlen! Abends sehe ich wieder nach."

Bastl blickte dem sich Entfernenden bekümmert nach. Ihm kam der kleine, beleibte Doktor, über dessen Wunderlichkeiten und Aeußeres man in Kalkreut viel spottete, gar nicht lächerlich vor.

„Mitten in all dem Jammer, den es niederregnete auf den Brintnerhof, dachte er, „doch ein gescheiter Mensch, der das Herz am rechten Fleck hat!"

Dann pochte er an Toni Maibachs Tür.

Sie saß inmitten von Koffern und Kisten, war reisefertig angekleidet und blickte verwundert auf, als der Bruder ihrer Schwägerin bei ihr eintrat.

Sie kannten sich kaum, obwohl sie einander Du sagten sei Justinas Hochzeit, wo er Brautführer und sie Kranzljungfer gewesen war.

Toni hatte bald darauf Maibach kennen gelernt und nach Krems geheiratet. Später, als sie als Witwe wieder auf dem Brintnerhof lebte, bekam er sie kaum zu Gesicht, wenn er hier und da auf der Durchreise Justina für einen Tag besuchte.

(Fortsetzung folgt.)

# Das Danina-Gesetz.

## (Gesetz vom 16. Dezember 1921 über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe.)

Art. 1. Zum Zwecke der Herbeiführung des Gleichgewichts im Budget, sowie auch zur Schaffung einer Grundlage für die Notenbank wird eine außerordentliche staatliche Abgabe erhoben werden.

**Personen, die zur Zahlung der Abgabe verpflichtet sind.**

Art. 2. Der außerordentlichen staatlichen Abgabe unterliegen:

I. Natürliche und juristische Personen, mit Ausnahme der Personen, die im Teil 2 dieses Artikels genannt sind, welche zur Bezahlung folgender unmittelbarer Steuern verpflichtet sind:

A. Im russischen Anteil } ausgelassen.
B. Im österreichischen Anteil }
C. Im früher preußischen Anteil:
a) Die Zahler von Grundsteuern.
b) Die Zahler von Gebäudesteuern in Städten, Flecken, Örtlichkeiten von städtischem Charakter, sowie in anderen Örtlichkeiten, die im Wege der Verordnung vom Finanzminister bestimmt werden.
c) Die Zahler von Gewerbesteuern, mit Ausnahme der Personen bzw Unternehmen, die im Teil II und VII dieses Artikels aufgeführt sind, sowie die Zahler von Steuern vom Hausierhandel.

II. Juristische Personen, die zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtet sind und die der Gewerbesteuer bzw einer besonderen Betriebs- oder Gewerbesteuer für das Jahr 1921 unterliegen, mit Ausnahme derjenigen, welche Unternehmen, die im Teil VII dieses Artikels aufgeführt sind, betreiben.

III. Pächter und Nutznießer von ländlichen Grundstücken, die Eigentum von Institutionen sind, die im Art. 3 Punkt 1 aufgeführt sind.

IV. Personen, welche auf fremden Grundstücken, die in Örtlichkeiten mit städtischem Charakter gelegen sind, Wohnungen sowie Industrie- oder Handelslokale auf Grund von Miete oder umsonst inne haben.

V. Natürliche Personen, die Einkünfte aus selbständiger Ausübung der freien Erwerbsberufe beziehen, besonders: Ärzte, Dentisten, Tierärzte, Feldschere, Anwälte, gerichtliche Verteidiger, Notare, Herausgeber von periodischen Zeitschriften, Künstler, Architekten, Ingenieure, Techniker, Chemiker, sowie die Agenten, welche nicht Steuern, die im Teil 1 C c dieses Artikels aufgeführt sind, bezahlen.

VI. Eigentümer, welche in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1921 besessen haben: Personenautomobile, Equipagen in den Städten sowie solche Pferde- und Autodroschken und Autoomnibusse, von denen keine gewerbliche, industrielle oder Erwerbssteuer gezahlt wird.

VII. Natürliche oder juristische Personen, welche Petroleumbergwerke betreiben usw. (ausgelassen).

Art. 3. Von der Abgabe sind befreit:

1. Wegen aller Arten der Abgabe, die in Art. 2 aufgeführt sind: der Staat, die Selbstverwaltungsverbände, die humanitären und Aufklärungsinstitute, sowie die Institute der allgemeinen Versicherungen, die Berufsverbände, die Ernährungsgenossenschaften und ihre Verbände.
2. Wegen der Art der Abgabe, die in Art. 2 Teil II genannt ist: die kommunalen Sparkassen, ebenso die Institute langfristigen Kredites, welche Pfandbriefe herausgeben, aber kein Geschäftskapital besitzen; soweit jedoch diese Institute ländliche oder städtische Grundstücke besitzen, bezahlen sie die Steuer auf Grund des Art. 2 C a b.
3. Wegen der Art der Abgabe, die im Art. 2 Teil IV aufgeführt ist:
a) die gesetzlich anerkannten Religionsinstitute;
b) die bei dem polnischen Staate beglaubigten diplomatischen und Konsularvertreter der fremden Staaten ohne polnisches Bürgerrecht, sowie die ihnen beigegebenen ausländischen Arbeiter;
c) Personen, deren Haupterhaltungsquelle bezogene Renten bilden: Invaliden-, Verstümmelten-, Alters-, Witwenrenten oder Emerituren;
d) Hausbälter (Hauswächter) betr. der durch sie bewohnten Dienstwohnungen;
e) Personen, die aus öffentlicher Mildtätigkeit erhalten werden.
4. Wegen der Art der Abgabe, die in Art. 2 Teil VI aufgeführt ist:
a) Personen, die in Ziffer 3 b dieses Artikels genannt sind;
b) Personen, die gewerblich Handel mit Automobilen betreiben und von diesem Handel Industrie- oder Gewerbesteuer bezahlen, wegen der Automobile, die Gegenstand dieses Handels sind; jedoch müssen diese Personen die Abgabe von mindestens einem Automobil bezahlen.

(Fortsetzung folgt.)

# Lokal- u. Provinzialzeitung.

**Posen, 13. Januar.**

## Zur Abgabe der Danina.

In Neustadt hatte die Kreissparkasse im „Orędownik" (Amtsblatt) bekanntgegeben, daß die in den Finanzinstituten lagernden Bargelder nicht der Vermögenssteuer unterliegen, und empfahl dabei, der „Gaz. Dz. Gd." zufolge, das Bargeld in der Kreissparkasse niederzulegen, wodurch der Besitzer von der Vermögensabgabe befreit sein würde. Darauf haben die „Bank Dyskontowy", Abteilung Neustadt (Wejherowo), die „Bank Kaszubski" und die „Warszawski Bank Stoleczny" (Warschauer City-Bank) folgende Aufklärung veröffentlicht:

„Artikel 3 über die Staatssteuer führt an, daß die Barmittel, die sich in den Finanzinstituten befinden, nicht der Vermögensabgabe (Danina) unterliegen. Als Finanzinstitute sind offenbar vor allem Banken gemeint, welche gerade durch ihr Kapital und das bei ihnen niedergelegte Bargeld dem Handel und der Industrie des Landes hilfreich sind. Es ist daher jedem zu empfehlen, seine Ersparnisse in Banken usw. niederzulegen, damit er die Vermögensabgabe nicht von Barmitteln zu zahlen hat und zugleich die günstigsten Bedingungen der Geldanlage genießt."

## Ein Lehrstuhl für Kriegswesen an der Posener Universität.

Wie die „Pat" meldet, wird an der Posener Universität in kurzem ein Lektorat für Kriegswesen eingerichtet werden. Es werde sich um das erste Lektorat dieser Art an polnischen Universitäten und wahrscheinlich auch an den Universitäten der gesamten Welt handeln.

## Die Zollüberwachung in Dirschau bleibt bestehen.

Aus Warschau wird gemeldet: Trotzdem der Danzig-polnische Wirtschaftsvertrag bereits in Kraft getreten ist, bleibt die Zollüberwachung für Gepäck und Valutenverkehr in Dirschau bis April bestehen, d. h. bis zur endgültigen Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen Danzig und Polen.

## Die hohen Schweinefleischpreise.

Der „Przegl. Wiecz." konstatiert, daß im Verhältnis zu den in Polen zur Verfügung stehenden Schweinebeständen die Preise für Schweinefleisch unverhältnismäßig hoch seien. Er untersucht die Gründe für diese Erscheinung und findet sie in der Tatsache, daß der außergewöhnlich stark entwickelte Zwischenhandel ein Sinken der Preise mit Erfolg verhindere.

## Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Grippe.

Die Grippe tritt in Deutschland zurzeit stark epidemisch auf. Tausende liegen in den verschiedenen Städten und auf dem platten Lande an dieser gefährlichen Krankheit darnieder, und viele Hunderte, Jugendliche und Greise, Leute im besten Mannesalter, sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Sie zeigt sich diesmal ganz besonders gefährlich und ist nicht zu verwechseln mit jenen sporadischen Grippeerkrankungen, die sich im Gefolge des naßkalten Wetters im Herbste und im Winter zusammen mit anderen Erkältungskrankheiten einzustellen pflegen. Man darf die Krankheiten der sog. Übergangszeiten, kurzweg Schnupfenkrankheiten genannt, nicht mit der Grippe verwechseln. Diese Übergangskrankheiten treten alljährlich auf. Gerade in dem soeben zu Ende gegangenen Jahre mit seiner merkwürdigen Witterung ist es angesichts der schweren Gefahr nötig zu wissen, welche Vorbeugungsmaßregeln gegen die Grippe oder Influenza getroffen werden können. Beim wirklichen Ausbruch hat man, wenn die Erkrankung ein bösartiges Auftreten zeigt, sofort den Arzt zu rufen. Als Erreger der Krankheit nehmen wir den von Pfeiffer entdeckten Influenzabazillus an. Dieser wird durch Übertragung von Mensch zu Mensch verbreitet. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Tröpfchen-Infektion, d. h. um die Art der Übertragung, bei der die Krankheitskeime an dem beim Sprechen, Husten, Niesen usw. in die Luft von anderen in der Nähe befindlichen Personen eingeatmet werden. Vorsicht gegen Ansteckung durch Erkältete oder Hustende durch Vermeidung ihrer Nähe ist in Grippezeiten sehr nötig. Völlig geklärt ist die Entstehung der Grippe noch nicht. Naturgemäß wird die einzige Möglichkeit, den Ausbruch oder den Fortschritt der Epidemie zu verhindern, in dem Schutz der Gesunden gegen Ansteckung durch die Kranken bestehen müssen. Zunächst muß allen Volksgenossen in drohender Influenzazeit eine sorgfältige Mund- und Rachenpflege empfohlen werden. Spülungen und Gurgelungen mit leichten desinfizierenden Flüssigkeiten, deren es ja eine Unmasse gibt, sind dringend anzuempfehlen; auch Einatmungen von leicht versprühbaren Flüssigkeiten oder von Dämpfen dürften am Platze sein. Ferner dürfte sich bei Erscheinungen von andauernden Mattigkeit im Verein mit Kopfweh Bettruhe dringend empfehlen. Darüber sollte man allerdings nicht vergessen, sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen.



# Die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung am nächsten Dienstag, dem 17. Januar, um 11½ Uhr vorm., lautet:

1. Einführung und Vereidigung der neugewählten Stadtverordneten. 2 Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung. 3. Wahl des Protokollführers. 4. Wahlen der Ausschüsse. Der Sitzung geht ein Festgottesdienst in der Fronleichnamskirche voraus, der von 10½ Uhr beginnt.

× **Der Postschalterdienst in Jersitz (Postamt 6)** geht jetzt ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Von 12 bis 3 Uhr ist für das Publikum nur ein Schalter geöffnet.

epv. **Kirchliche Gebetswoche.** Morgen, Sonnabend, abend um 6 Uhr werden im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses Pfarrer Büchner und Geheimer Konsistorialrat Haenisch über das Thema „Mission unter Heiden, Juden Islam" sprechen.

# **Deutsche Turnerschaft in Polen.** Auf den 26. Februar ist eine Vorturnerstunde des gesamten Bundes nach Bromberg einberufen worden. Für einen der ersten Julisonntage ist die Veranstaltung eines Bundesturntages verbunden mit Turnfest, beschlossen worden. Vereinsorte, die als Gastorte dazu in Frage kommen, müssen ihre Meldungen umgehend an die Bundesleitung gelangen lassen. In Aussicht genommen sind: Konitz, Graudenz, Dirschau oder Bromberg.

# **Deutscher Maskenball.** Da in einer der Bekanntmachungen, die auf den in der übernächsten Woche in den Räumen des Zoologischen Gartens stattfindenden Maskenball hinwiesen, auch der Deutschtumsbund als Kartenvertriebsstelle genannt wurde, wird, um einer mißverständlichen Auffassung vorzubeugen, mitgeteilt, daß der Deutschtumsbund als solcher mit der Veranstaltung nichts zu tun hat. Es handelt sich bei diesem Maskenball um ein Privatunternehmen, und nur aus Gefälligkeit wurde dem Veranstalter das Bureau des Deutschtumsbundes zum Vertrieb der Eintrittskarten zur Verfügung gestellt.

× **Diebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses ul. Mickiewicza 9 (früher Hohenzollernstr.) wurden durch Einbruch Herren- und Damenkleidungsstücke, 1500 M. polnisches Geld, 50 M. deutsches Silber und 100 M. deutsches Papiergeld im Gesamtwerte von 500 000 M. gestohlen. — Aus dem Offizierkasino in der ul. Artyleryjska 1 (früher Artilleriestr.) wurde ein khakifarbener Offizierpelz im Werte von 100 000 M. gestohlen.

* **Lissa i. P.**, 12. Januar. Zum Leiter des hiesigen neu eingerichteten Finanzamtes (bisher Einkommensteuer-Veranlagungskommission) ist der Obersteuersekretär Czajka ernannt worden.

* **Krotoschin**, 12. Januar. Rektor a. D. Storch, der frühere langjährige Leiter der hiesigen evangelischen Volksschule und Kantor der evangelischen Kirche, ist in Kraschnitz i. Schles., wohin er vor zwei Jahren seinen Wohnsitz verlegt hatte, an einem Schlaganfall gestorben. Er war in der ehemaligen Provinz Posen als Pfleger und Förderer der evangelischen Kirchenmusik eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit.

* **Strelno**, 12. Januar. Infolge drohender Pockenepidemie wurde hier wie der „Kuj. B." berichtet, in den Tagen vom 4. bis 7. d. M. eine zwangsweise Impfung der ganzen Einwohnerschaft durchgeführt.

* **Briesen**, 12. Januar. Vor einigen Tagen wurde der Administrator der Domäne Mlewiec im Kreise Briesen, Skopa, in den Abendstunden durch einen Schuß aus einer Doppelflinte getötet. Nach den Aussagen des am Leben gebliebenen 16jährigen Wirtschaftseleven kamen an dem betreffenden Abend zwei Männer in die Wohnung des Skopa, von denen der eine eine Maske vorgebunden hatte. Beim Eintreten in das Zimmer rief der Maskierte: „Hände hoch, oder ich schieße!" und feuerte auf den auf ihn zuschreitenden Skopa, der, in die Stirn getroffen, tot zu Boden sank. Der zweite Bandit, der hinter dem maskierten Genossen stand, gab zwei Schüsse aus einem Revolver auf den am Ofen stehenden Eleven ab, ohne jedoch zu treffen. Da die Banditen keine weiteren Mittel zur Ermordung des Zeugen ihrer schrecklichen Tat hatten, flüchteten sie. — Das Gutsgesinde hat ausgesagt, daß an demselben Tage in die Küche zwei Männer gekommen waren, um angeblich Gemüse zu kaufen. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur. Sie gehören wahrscheinlich, wie die „Gaz. i Dz. Gd." berichtet, zu der Bande, die im Kreise Briesen eine ganze Reihe von Raubüberfällen verübt hat.

# Neues vom Tage.

§ **Von einer Lawine verschüttet.** Im Wattental, einem Seitental des unteren Inntales, sind 5 Touristen in eine Lawine geraten. Zwei konnten sich selbst aus dem Schnee herausarbeiten und einen dritten Kameraden, allerdings nur als Leiche, bergen. Von Innsbruck ist eine Rettungsexpedition abgegangen. Aus Südtirol werden schwere Bergstürze gemeldet, die indes keinen Schaden angerichtet haben.

§ **Zugunglück an der deutsch-tschechischen Grenze.** Der Personenzug Kattowitz—Oderberg ist am 10. d. Mts. nachts bei Liptavska-Teplau infolge Gleisbruches entgleist. Drei Wagen sind über den Damm gestürzt. 23 Personen sind leicht, 5 schwer verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

§ **Erdbeben.** Wie aus Sizilien berichtet wird, brach in der Ortschaft St. Fratello bei Messina eine schreckliche Erdbebenkatastrophe aus. Die durch das Erdbeben hervorgerufene Verwüstung ist unbeschreibbar. 5000 Bewohner wurden buchstäblich obdachlos. Alle Bauten ohne Ausnahme versanken in den Abgrund, der sich im Augenblick der Katastrophe gebildet hatte. Unter anderm wurden die Kathedrale und 6 andere Kirchen vernichtet. Dank der schnellen Hilfe der Militärabteilungen kamen bei der Katastrophe nur wenige Personen um. Die ganze vom Erdboden betroffene Gegend bietet ein erschütterndes Bild. Die Regierung spendete 140 000 Lire als erste Hilfe. Für die obdachlose Bevölkerung wurden Baracken gebaut, Lebensmitteltransporte und Abteilungen technischer Truppen gesandt.

§ **Verlobung des Serbenkönigs mit einer rumänischen Prinzessin.** Wie die „Tagespost" aus Belgrad meldet, bestätigt sich die Nachricht von der Verlobung König Alexanders mit der rumänischen Prinzessin Maria.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Kurse der Posener Börse.

| Offizielle Kurse: | 13. Januar | 12. Januar |
|---|---|---|
| R. Barcikowski I—V em. . . . | 155 + A | 155 + N |
| Centrala Skór I—IV (exkl. Bezr.) | —,— | 230 A |
| Pozn. Sp. Drzewna (ex. Bezr.) I—IV | —,— | 510 + |
| Wytwornia Chemiczna I—II . . . | 175 + N | 175 + A |
| „ „ III . . . . | 155 + N | 150 + N |
| Hurtownia Związkowa . . . . . | —,— | 130 + N |
| Hurtownia Drog. . . . . . . . . | 130 + N | 130 + N |
| Dr. Roman May I—IV (exkl. Divid.) | 450 + | —,— |
| Cegielski I—VII em. (exkl. Bezugsr.) | —,— | 190 + |
| Patria . . . . . . . . . . . | —,— | 430 + A |
| Luban . . . . . . . . . . . . | 640 + N | —,— |

Auszahlung Berlin 15.75 + A.

| Inoffizielle Kurse: | 13. Januar | 12. Januar |
|---|---|---|
| Bank Przemysłowców . . . . . | 200 + N | 200 + N |
| Waggon Ostrowo . . . . . . . | —,— | 130—125 + N |
| Sarmatia . . . . . . . . . . | —,— | 425—450 + A |
| Hurtownia Skór I . . . . . . . | 250 + N | —,— |
| Hurtownia Skór II . . . . . . . | 190 + N | —,— |
| Herzfeld-Viktorius . . . . . . . | 270 + N | —,— |
| Bentzki . . . . . . . . . . . | —,— | 465 + A |
| Orient . . . . . . . . . . . . | —,— | 200 + A |
| Papiernia Bydgoszcz . . . . . . | 180 + A | —,— |
| Arcona . . . . . . . . . . . . | 210 + A | —,— |
| Precyzja . . . . . . . . . . . | —,— | 100 + N |
| Trie . . . . . . . . . . . . . | 150 + N | —,— |
| Iri . . . . . . . . . . . . . . | —,— | 130 + N |

## Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. Januar 1922.

(Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggonlieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen . . . . | 10 200—11 200 | Weizenkleie . . . . | 5000 |
| Roggen . . . . . | 7400 | Roggenkleie . . . . | 4900 |
| Braugerste . . . . | 7300—7800 | Kartoffeln . . . . . | 3200—3500 |
| Hafer . . . . . . | 7500—8000 | Schminkbohnen . | 11 000—12 000 |
| Weizenmehl 70 % | 17 400—18 400 | Leinsamen . . . | 14 000—15 000 |
| Roggenmehl 70 % | 10 000—10 800 | Rübsen . . . . | 12 500—13 500 |
| Felderbsen . . . . | 7500—8500 | Odermennig . . | 12 500—13 500 |

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: ruhig.

## Posener Viehmarkt vom 13. Januar 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

**I. Rinder:** A. **Ochsen** I. Sorte 8500—9000 M., II. Sorte 7000 M. III. Sorte 5000—6000 M. B. **Bullen** I. Sorte 8500—9000 M. II. Sorte 7000 M., III. Sorte 5000—6000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 8500—9000 M., II. Sorte 7000 M., III. Sorte 5000—6000 M. D. **Kälber** I. Sorte 8500—9000 M., II. Sorte 7000—8000 M.

**II. Schafe** I. Sorte —.— M. II. Sorte 5500—6000 M.

**III. Schweine:** I. Sorte 16 500—17 000 M., II. Sorte 15 000 bis 15 500 M., III. Sorte 12 000—13 000 M.

Der Auftrieb betrug: 42 Rinder, 35 Kälber, 80 Schafe, 360 Schweine, 205 Ferkel. Tendenz: ruhig.

## Berliner Börsenbericht

vom 12. Januar.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Diskonto-Komm.-Anleihe . | 420.— | 3½ % Pos. Pfandbriefe . | 20.25 |
| Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf . . . . . | 830.— | Polnische Noten . . . . | 6.45 |
| Hartmann Masch.-Aktien | —.— | Auszahlung Warschau . | 6.40 |
| Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien . . . . . . . . | 715.— | Kriesnoten . . . . . . | 9.— |
| Schantung Eisenbahnanl. | 480.— | Dollar . . . . . . . . | 181.— |
| Neuguinea Comp.-Akt. . . | 561.— | Englische Pfund . . . . | 765.— |
| R. Wolff . . . . . . . . | 860.— | Holländische Gulden . . | 6660.— |
| 4 % Pos. Pfandbriefe . . | 22.50 | Schweizer Franken . . | 3500.— |
| | | Danzig polnische Mark . | 6.35 |
| | | „ „ Noten . | 6.37½ |

# Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

**P. K. P.** In Ihrem Falle ist es ausgeschlossen, daß die Ansiedlung liquidiert wird, da Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität sind und die Auflassung bereits im November 1913 erfolgt ist.

**O. P. in L.** 1. Von dem Regierungspräsidium, in dessen Bezirk Sie die letzten zwei Jahre Ihres Aufenthalts in Deutschland gewohnt haben. 2. Nein. 3. Ja.

**E. S. in S.** 1. Das kommt ganz auf den Hypothekenvermerk an, wo die Auszahlung zu erfolgen hat. Ein deutscher Hypothekengläubiger wird sich, wenn die Zahlungsverpflichtung in Deutschland eingetragen ist, mit der Rückzahlung in polnischem Gelde nicht einverstanden erklären. 2. Nur 3000 M.

**P. E. in L.** Durch die Annahme der Anzahlung ist der Kauf zu dem verabredeten Preise abgeschlossen worden. Sie müssen demnach den Gegenstand zu dem vereinbarten Preise aushändigen.

# Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 13. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

| | Luftdruck in mm | Temperatur (Cels.) | Windrichtung | Windgeschwind. m in d. Sek | | Luftdruck in mm | Temperatur (Cels.) | Windrichtung | Windgeschwind. m in d. Sek |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Posen | 757,3 | —1 | N | 6 | Lemberg | 753,[illegible] | —5 | O | 1 |
| Bromberg | 757,4 | —1 | N | 3 | Belgrad | 752,4 | 0 | W | 3 |
| Warschau | 756,2 | —1 | O | 2 | Berlin | 761,4 | 0 | NNO | 5 |
| Lodz | 755,0 | —2 | NO | 1 | Paris | 766,9 | +1 | N | 7 |

**Luftdruckverteilung über Europa am 13. Januar:** Die gestern über Lettland stehende Depression ist nicht, wie angenommen, südöstlich, sondern südlich weitergezogen (deswegen auch die lang anhaltenden Schneefälle), steht augenblicklich mit dem Mittelpunkt über Ungarn und beeinflußt bald Südosteuropa.

**Voraussichtliches Wetter für den 14. Januar:** Vorwiegend bewölkt, zeitweise Schneefälle; weiteres Fallen der Temperatur; ziemlich starke, später etwas an Stärke abnehmende Winde aus nördlicher bis nordöstlicher Richtung.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Joachim

Die Geburt eines kräftigen gesunden
**Sonntagsjungen**
geben hierdurch bekannt

**Fritz von Ramin,** Administrator,
und Frau **Ada,** geb. Ramm

Tarnowo, den 8. Januar 1922. [4725

---

Am 12. d. Mts., morgens 5 Uhr verstarb sanft nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater der

**Kupferschmiedemeister**
**Louis Dieren**

im Alter von 69 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an [4734

**Klara Dieren,** geb. Sabiers,
**nebst Kindern.**

Września, den 13. Januar 1922.

---

Am Donnerstag, dem 12. d. Mts. verstarb der

**Brennereiverwalter**

# Herr Heinrich Zarnikau

im Alter von 36 Jahren.

Er ist uns stets ein treuer Kollege und Mitarbeiter gewesen und werden wir ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

**Die Beamten der Herrschaft Łekno.**

**Braumüller,** Güterdirektor.

---

## Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

**Freitag,** den 13. 1. 22 um 7 Uhr: **„Lakme"**, Oper von L. Delibes.
**Sonnabend,** den 14. 1. 22 um 7½ Uhr: **„Aida"**, Oper von Verdi.
**Sonntag,** den 15. 1. 22 um 3 Uhr nachm.: **„Halka"**, Oper von St. Moniuszko.
**Sonntag,** den 15. 1. 22 um 7½ Uhr abends: **„Tiefland"**. Oper von Eug. d'Albert.

---

**PAŁACOWY**
**Teatr**
plac Wolności Nr. 6.

**Fern Andra**

im ostindischen Circus drama

**„Saferndri".**

in 6 Akten.

---

**Kino Colosseum**
św. Marcin 65.

Achtung! nur 4 Tage.
**Vom 12. bis 15.:**
**Der Tod in den Flammen!**
2. und zugleich die letzte Serie des gewaltigen Eindruck hervorrufenden Sensations- u. Kriminal-Dramas
**Um 9 Millionen**
**Voranzeige!** Ab Montag d. 16. 1. d. größte amerikan. 5 Serien-Schlager der Saison:
**Die Dollarkönigin.**

---

**Wegenersches Lyzeum** (anerkannt) **mit Internat.** **Das zweite Tertial beginnt am 10. Januar, 9 Uhr vormittags.** Anmeldungen nimmt noch entgegen **Poznań,** Wały Jagiełły 1/2. **M. Wegener,** Direktorin.

---

# Gut

von 300—600 Morgen eventuell zum 1. 4. 1922 oder 1. 7. 1922 **zu pachten gesucht.** Herrschaftlich. Wohnhaus u. gute Wirtschaftsgebäude erwünscht. Vermögen vorhanden. Am liebsten in der Nähe um Poznań oder Leszno. Offerten unter **B. K. 4726** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

---

# Herrlicher Landwohnsitz

in Verbindung mit einer äußerst rentablen **Fabrik - Anlage,**

**Goldgrube,**

**dicht bei Posen** gelegen, ist sofort

**zu verkaufen**

oder gegen irgendwelche Vermögensobjekte nach Deutschland

**zu vertauschen.**

Angebote unter **G. R. 4685** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. Wirklich ernsthafte Vermittelung angenehm.

---

# Güter
und
# Wirtschaften

für Amerikaner sofort gesucht. Offerten mit genauer Beschreibung und Preisangabe erbittet

**P. Rutkowski,**
**Poznań,**
ulica Głogowska 51 (Nähe des Hauptbahnhofs),
Eingang ulica Śniadeckich 1, II. Etg.

---

**Zahle für Hasenfelle bis 750 M.**
**Steinmarderfelle bis 32000 „**
**Fischotterfelle bis 35000 „**

**Kallmannsohn, Poznań, św. Marcin 32 und 34.** [4729

---

**Wir liefern sofort ab unserem Lager:**

**Falz-Hufeisen, Hufnägel u. Schraubstollen**

**in bester Qualität und gangbaren Größen zu verhältnismäßig günstigen Preisen.**

**Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft, T. z o. p.,**
**Poznań,** ulica Wjazdowa 3. Telephon 4291.

---

**Erstklass., fast neues Dogcart** mit Schiebesitz, Patentachsen und dazu gehörendem guterhaltenem **Geschirr mit Umgang** zu verkaufen. Gefl. Angeb. u. **A. B. 4708** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

---

Aus meiner **15jährigen Spezialzucht gelber Orpingtons** verkaufe noch einige

**Zuchthähne 21.**

Bei Anfragen erbitte Rückporto.
**Elsner,** Getreide und Fourage. **Błotnica,** pow. Wolsztyn.

---

# Achtung Auswanderer!

**1 Drehbank** von 2—3 Meter Drehlänge, gebraucht.
**1 Bohrmaschine** 25—30 mm Bohrung.
**14 Meter Transmissionswelle** 50 mm stark mit Lagerböcken **verschiedene andere Werkzeuge usw.** für Maschinenbau **sofort zu kaufen gesucht.**

Zahlung kann in Deutschland erfolgen.

Ausführliche Offerten mit Preisangabe unter **4731** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

---

**Stellenangebote.**

**Assistent,**

operativ u. technisch firm w. sofort für **Zahn-Praxis Grudziądz** gesucht. Gefl. Ang. u. **L. N. 4727** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

Suche per bald od. 1. 2. 22 einen tüchtigen, evgl.

**Fleischergesellen**

für dauernde Stellung. Bewerbungen nebst Photographie u. Zeugnisabschr. u. **F. 4683** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

---

**Einf. Stütze**

die gut kochen kann und andere häusliche Arbeiten übernimmt per bald oder später gesucht. Meldungen an [4724

**Dom. Aniołka II,**
p. Trzcinica, powiat Kępiński.

---

**Stellengesuche.**

**Beamter,** 42 Jahre alt, kath., ledig, der schon selbst. gewirtschaftet hat u. d. spät. Verheiratung gestattet wird sucht, gestützt auf gute Zeugn., ab 1. 4. od. 1. 7. 22 anderweitig Stellung. Gefl. Ang. u. **M. H. 4710** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

Forstbeamter, 35 J., 19 j. Praxis, Forstschulbes., erf. in sämtl. Hiebs- u. Kulturarb., hoher u. Niederjagd, Raubzeugvertilger, Hundedresseur (Schweißhundarb.), selbständ. Büroarb. sicher. Rechner, Gutsvorstehergeich., deutsch-poln. Schriftspr., beste Zeugn. und Empfehl., s. sof. od. spät. nur Dauerstellung als **Förster oder Sekretär.** Off. u. **T. U. 4688** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

**Ledig. Stellmacher**

möglichst mit eigenem Werkzeug, bei freiem Tisch und auf Tagelohn kann sich sofort melden in [4723

**Dom. Przylepki bei Manieczki, Kreis Śrem.**

---

Gesucht zum 1. April d. Js. ein verheirateter

**herrschaftlicher Diener**

für großen Landhaushalt, der perfekt im Fach ist und langjähr. Zeugnisse hierüber besitzt. Desgl. zum 1. April od. früher

**Masch.-(Dampfpflug-) Meister**

gesucht, der sämtliche Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen versteht und auch mit elektr. Anlage Bescheid weiß. Bewerbungen erbeten an [4680

**Güterverwaltung Markowice b. Inowrocław.**

---

**Gesucht zum 1. April cr. tüchtiger, zuverlässiger**

**Müllermeister,**

welcher zugleich **Brotbäcker** ist, f. hies. kleine Dampfmühle mit Bäckerei. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an **Herrschaft Drzeczkowo, poczta Osieczna, Kr. Leszno.** [4735

---

Gesucht zum 1. 4. 22 verheirateten [4699

**Gutsgärtner,**

erfahren in Gemüse- u. Obstbau Frühbeet Treibhaus- u. Bienenzucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an

**Schwanke, Rittergut Wilka, powiat Września**

---

Suche zum 1. 4. 1922 evang. verheirateten selbsttätigen

**Gärtner.**

Zeugnisse und Gehaltsansprüche an [4629

**von Opitz, Witosław, p. Osieczna, pow. Leszno**

---

Suche zum 1. 4. 1922 herrschaftlichen evangelischen

**Kutscher.**

Zeugnisse und Gehaltsansprüche an [4628

**von Opitz, Witosław, p. Osieczna.**

---

**Ankäufe u. Verkäufe**

**Landwirtschaft,**

275 Morgen, wird an Selbstkäufer sofort verkauft. Offert. unter **N. G. 4617** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

---

**Geschäfts- u. Zinshaus**

in **Brieg,** Bez. Breslau, sof. zu verkaufen. Ang. u. **P. M. 4713** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

**Dampf-Molkerei,**

in Mietsräumen, auf großer Herrsch. unweit schles. Grenze, ist **zu verkaufen, evtl. geg. gleiches oder and. Objekt in Deutschland zu vertauschen.** Gefl. Angeb. unt. **S. H. 4677** an die Geschäftsstelle dies. Blattes erb.

---

Zirka **4000 Zentner**

**rote Beete**

stehen zum Verkauf. **Dominium Gr. Kruśza bei Inowrocław.** [4720

---

**Portland-Zement**

liefert in Tonnen od. Säcken nach Wahl
**Gustav Ackermann**
**Toruń III. Tel. 9.**

---

Ein gut erhaltenes **Klavier** zu verkaufen. **Onnen, Wielowies, Stat. Międzychód, pow. Międzychód.** [4721

---

Verkaufe eine guterhaltene **ital. Mandoline** ul. Działyńskich (fr. **Naumannstr.**) **6,** ptr. r.

---

**Achtung!**

Habe einen wenig gebraucht.

**Nivellier-Apparat**

günstig zu verkaufen. Gefl. Angebote im Umschlag mit Preisangebot erbittet [4722
**Kersten,** Administrator,
**Lubczyna b. Wyszanów.**

---

**Kirchennachrichten.**

**Kreuzkirche.** Sonntag, Einführung der Kirchenältesten und Gemeinde-Vertreter.

**St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.)** Sonnabend 6: Wochenschlußgottesdienst fällt aus. — Sonntag, 10: Gottesd. Schneider. 11½: Kindergottesd. Schneider. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Haenisch. — Amtswoche: Schneider.

**St. Paulikirche.** Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. 11¾: Kindergd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelstunde Stuhlmann. Amtswoche: Derselbe.

**Ev.-luth. Kirche,** Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10: Gd.

**St. Lukaskirche.** Sonntag, 10: Pred. Büchner. 12: Kindergd. Ders.

**St. Matthäi-Kirche.** Sonntag, 10: Gd. Ilse. — 11½: Kindergd. Ders. — Freitag, 6: Bibelstd. Brummack.

**Ev. Verein junger Männer.** Sonntag, 6: Brummack: Die Sekte der Mormonen. 8: Abendand. — Montag, 7½: Blasen. — Mittwoch, 7: Bibelstde. 8: Lese-Abd. — Donnerstag, 7½: Blas. — Sonnabend, 7½: W.-Schl.-And. 8: Polnisch.

**Saffenheim.** Sonntag, 10½: Gd. — Dienstag, 10: Kinderlehre, ½2: Konf.-Unterricht.

---

**Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten):** ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Pred. Mikša. 11¼: Sonntagsschule. 2½: poln. Gdst. Mikša. 4: Pred. Mikša. 5½: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetstd.

---




Ein junger Pole, Dr. jur. u. Hochschüler sucht **möbl. Zimm. m. Kost** bei ein. intell. Dtsch. am. Gefl. Ang. u. **B. Z. 4698** an die Geschäft. d. Bl. erb.

---

**1 möbl. Zimmer**

vom 15. d. M. ab zu vermieten u. **B. N. 4733** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

---

**Ausgelernte Gärtnerin,**

erfahren in Blumenzucht mit guten Zeugnissen zur Unterstützung des Gärtners für sofort oder später gesucht.

**Frau von Bernuth, Borowo b. Czempin.**

---

**Für gutlohnende Beschäftigung (Nachmittags-Botengänge)** können noch **einige Frauen oder ältere Kinder** sowie **Halbinval.** eingestellt werden.

**Posener Buchdruckerei, ul. Zwierzyniecka 6.**

---

Suche zum 1. 4. 1922 für meinen bisherigen durchaus

**Förster** Stellung als Verheir.

Amtsrat **Keibel,** [4715
**Mniszki, p. Mnichy wielkie.**